

Entschließung vorgelegt von der Delegation der

Vereinigten Staaten von Amerika

Thema Politische und soziale Rechte
Betrifft die Rechte sexueller Minderheiten

Die Generalversammlung,

- Aufbegehren der hohen Anzahl an ständigen UN-Mitgliedern, die weiterhin LGBTQ+-Minderheiten verfolgen,
- Behauptet dass die Menschenrechtserklärung eines der Gründungsdokumente der Vereinten Nationen ist und dass die Mitglieder der Versammlung sie nicht ohne Konsequenzen ignorieren können,
- Erinnert an dass die Verfolgung von LGBTQ+-Personen zu einer viermal höheren Rate an Selbstmordversuchen als in der allgemeinen Bevölkerung führt und dass dieselben Personen aus Angst vor Entdeckung gezwungen sind, ein zurückgezogenes Leben zu führen,
- Feststellend dass viele Länder, in denen es noch barbarische Praktiken gegenüber sexuellen Minderheiten wie Ehrenmorde oder Inhaftierungen gibt, Zugang zu internationaler Entwicklungshilfe haben, darunter Syrien und die Demokratische Republik Kongo
- Entscheidet Ein internationales Abkommen zur Anerkennung der unveräußerlichen Rechte von LGBTQ+-Minderheiten zu schaffen ;
- Die Definition von Homosexualität als Verbrechen zu verbieten und alle LGBTQ+ Beziehungen zu entkriminalisieren ;
 - Den Zugang zu Entwicklungshilfe für Länder zu beschränken, die sich dazu entschließen, diesen Vertrag zu ignorieren und den Weg der Intoleranz fortzusetzen.

Die französische Version dieses Textes ist verbindlich